

### RWI: Gestiegene Energiepreise belasten die wirtschaftliche Erholung

Essen,  
17. März 2022

*Das RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung senkt aufgrund der Auswirkungen der Ukraine-Krise seine Prognose für das deutsche Wirtschaftswachstum im Jahr 2022 auf 2,5 Prozent, für 2023 erwartet es 3,6 Prozent. Insbesondere die kräftig gestiegenen Öl- und Gaspreise belasten Unternehmen und Haushalte in hohem Maße. Positive Impulse gehen dagegen von den Lockerungen der Corona-Infektionsschutzmaßnahmen aus. Insgesamt dürfte die Wirtschaftsaktivität in den kommenden Monaten wieder ausgeweitet werden. Die Arbeitslosenquote dürfte 2022 bei 5 Prozent, 2023 bei 4,9 Prozent liegen. Die Inflation dürfte in diesem Jahr aufgrund der hohen Energiepreise 5,2 Prozent betragen und im nächsten auf 2,3 Prozent zurückgehen. Das staatliche Budgetdefizit dürfte im laufenden Jahr auf knapp 89 Milliarden Euro, im Jahr 2023 weiter auf gut 70 Milliarden Euro sinken.*

Das Wichtigste in Kürze:

- Das RWI senkt aufgrund der Auswirkungen der Ukraine-Krise seine **Prognose des deutschen Wirtschaftswachstums für 2022** gegenüber Dezember vergangenen Jahres von 3,9 **auf 2,5 Prozent**. Für **2023** erwartet es nun **3,6** statt 2,5 Prozent.
- Die Prognose beruht auf der **Annahme**, dass **keine weiteren Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängt** und gleichzeitig die russischen Gaslieferungen an Deutschland fortgeführt werden. Zudem wird angenommen, dass die Zahl der Corona-Neuinfektionen ab dem zweiten Quartal zurückgeht, die **Infektionsschutzmaßnahmen weitgehend aufgehoben** und im kommenden Winter nicht erneut nötig sein werden. Darüber hinaus wird unterstellt, dass die **Lieferengpässe** bei Rohstoffen und Vorprodukten **sich nach und nach auflösen**.
- Die aktuell steigenden **Energiekosten belasten Verbraucher und Unternehmen**. Bei den Unternehmen sind vor allem **energieintensive Branchen des Verarbeitenden Gewerbes betroffen**, wie beispielsweise die Chemische Industrie sowie die Stahl-, Papier- und Glasindustrie. Die Belastungen werden die Produktion bereits im ersten Quartal dieses Jahres nochmals sinken lassen und in den folgenden Quartalen anhalten. Auch im **Dienstleistungssektor** werden die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine spürbar sein, er **dürfte sich ab dem zweiten Quartal** jedoch aufgrund gelockerter Infektionsschutzmaßnahmen **erholen**.

- Der **Arbeitsmarkt** zeigt sich weiter **robust**. Im Verlauf des Jahres dürfte die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weiter kräftig um fast 300.000 steigen. Auch die Zahl der geringfügig Beschäftigten dürfte nach den kräftigen Rückgängen der vergangenen Pandemiewellen wieder zunehmen, wobei die Anhebung des Mindestlohns für sich genommen zu einem Rückgang der geringfügigen Beschäftigung zugunsten der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung führen dürfte. Selbstständige leiden weiterhin unter den Unsicherheiten der Pandemie. Die **Arbeitslosenquote** dürfte **5 Prozent in diesem** und **4,9 Prozent im nächsten Jahr** betragen.
- Die **Inflation** dürfte **in diesem Jahr bei 5,2 Prozent** liegen und **im nächsten auf 2,3 Prozent** zurückgehen. In diesem Jahr führen die steigenden Erdgas- und Rohölpreise zu höheren Heiz- und Benzinkosten und wirken so direkt auf die Verbraucherpreise. Dieser Preisanstieg dürfte erst im Verlauf des Jahres nachlassen. Da kurzfristig keine deutlichen Steigerungen bei den Tariflöhnen zu erwarten sind, wird es voraussichtlich zu **keiner Lohn-Preis-Spirale** kommen.
- Das **staatliche Budgetdefizit** dürfte **in diesem Jahr knapp 89 Milliarden Euro** betragen und damit deutlich geringer ausfallen als im Vorjahr mit 132 Milliarden Euro. Die Staatseinnahmen dürften im Zuge der weiteren wirtschaftlichen Erholung deutlich zulegen, die Staatsausgaben nur geringfügig steigen, da viele krisenbezogene Maßnahmen auslaufen. Im Jahr **2023** dürfte das Finanzierungsdefizit dann weiter auf **gut 70 Milliarden Euro** zurückgehen.
- Auch die Entwicklung der **Weltwirtschaft** steht **unter dem Eindruck des Krieges in der Ukraine und der gegen Russland verhängten Sanktionen**. Die Probleme in den globalen Lieferketten werden sich infolge dessen wohl langsamer lösen, als es sonst zu erwarten gewesen wäre. Eine allmähliche Normalisierung ist dennoch zu erwarten. In den **Schwellenländern** dürfte die **Entwicklung heterogen** bleiben. Die Länder, die fossile Energieträger exportieren, erzielen weiterhin hohe Erlöse. Hingegen wird die Konjunktur in den Nettoimportländern von Öl und Gas durch die hohen Preissteigerungen belastet. Dies trifft auch auf die Länder zu, die in besonderem Maß von Nahrungsmittelimporten aus der Ukraine und aus Russland abhängig sind, etwa in Nordafrika und dem Nahen Osten. Im Jahresdurchschnitt erwartet das RWI **für dieses Jahr** einen Zuwachs des Welthandels von **4,7 Prozent**, für das **kommende Jahr** von **3,2 Prozent**.

Zu den **weiteren wirtschaftlichen Auswirkungen der Ukraine-Krise** und weiteren **Risiken für die deutsche Wirtschaft** sagt **RWI-Konjunkturchef Torsten Schmidt**: „Der Krieg in der Ukraine belastet die Erholung der deutschen Wirtschaft von der Corona-Krise stark. In den kommenden Monaten dürften sich die Auftriebskräfte jedoch wieder stärker durchsetzen.“

(veröffentlicht in „RWI Konjunkturberichte“, Heft [1/2022](#))

-----  
**Ihre Ansprechpartner/in dazu:**

Prof. Dr. Torsten Schmidt, [torsten.schmidt@rwi-essen.de](mailto:torsten.schmidt@rwi-essen.de), Tel. 0201 81 49-287,  
Sabine Weiler (Kommunikation), [sabine.weiler@rwi-essen.de](mailto:sabine.weiler@rwi-essen.de), Tel.: (0201) 8149-213

-----  
*Dieser Pressemitteilung liegt der aktuelle Konjunkturbericht des RWI (Heft 1/2022) zugrunde. Er kann unter <http://www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-konjunkturberichte/> oder direkt [hier](#) als pdf-Datei heruntergeladen werden.*